



Martin Huhn

Gerechtigkeit erhöht ein Volk

Was ist gerecht – was ist ungerecht? Die Frage nach Gerechtigkeit, wenn man sie weltweit stellt, kann uns schnell zur Verzweiflung bringen: Die 200 reichsten Menschen haben so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen besitzt. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung und 47 % der Weltbevölkerung müssen mit zwei US-Dollar oder weniger am Tag auskommen; das ist weniger als der Betrag, den jede Kuh in Europa täglich als Subvention erhält. Gerecht kann es wohl auch nicht sein, dass Frauen weltweit nur 1 % des Weltvermögens besitzen.

Richten wir die Gerechtigkeitsfrage auf Deutschland, so sind die Verhältnisse nicht gar so schrill. Und doch wissen wir, dass unser Land so reich ist wie nie zuvor und dass auch hier der Reichtum zunehmend ungleich verteilt wird. Das bedeutet: der Anteil der Menschen, die in Armut leben, nimmt zu und vor allem: ein sozialer Aufstieg aus Armutssituationen wird immer schwieriger. Und ausgerechnet die öffentlichen Institutionen, die einen sozialen Ausgleich organisieren könnten, sind dazu finanziell immer weniger in der Lage oder werden systematisch daran gehindert.

In dieser Situation muss der Begriff der Gerechtigkeit aus dem tagespolitischen Schlagabtausch befreit und wieder zu einem positiven Leitbild unserer Gesellschaft gemacht werden. Genau das meint die alttestamentliche Weisheit, wenn sie im Buch der Sprüche sagt: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“.

Gerechtigkeit in der Bibel

In der biblischen Überlieferung meint Gerechtigkeit eine heile und gelingende Lebenssituation für alle Menschen. Der Begriff Gerechtigkeit wirft die elementare Frage auf, wie eine Gesellschaft eingerichtet sein muss, um möglichst vielen ein gutes und würdiges Leben zu ermöglichen. Dabei nimmt die Bibel zur Beantwortung der Gerechtigkeitsfrage die Perspektive der Opfer ein. So wird Gerechtigkeit zu einem dynamischen Begriff. Für Gerech-

tigkeit eintreten bedeutet: lebensfreundliche Verhältnisse schaffen und den Opfern ungerechter Verhältnisse versagte Anerkennung und Wertschätzung zurückgeben. Gerechtigkeit hängt darum mit Frieden zusammen, mit Erlösung und Befreiung. Unabhängig von Leistung und gesellschaftlicher Position kommt jedem Menschen Würde zu und das Recht, teilzuhaben am gesellschaftlichen Leben.

Wenn es um Armut und Reichtum geht, ist die Bibel nicht neutral, sondern enthält eine entschiedene Option für die Armen. Auf ihrem Weg über die lateinamerikanische Befreiungstheologie gehört die Forderung einer vorrangigen Option für die Armen inzwischen zum Standard ökumenischer Sozialethik. Programmatisch wurde sie dem wirtschaftspolitischen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe Nordamerikas von 1986 vorangestellt. Auch das deutsche Wirtschafts- und Sozialwort von 1997 und die neue EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ orientieren ihre sozialethische Grundlegung am Kerngedanken der vorrangigen Option für Arme, Schwache, Ausgegrenzte und Benachteiligte. Dabei ist die biblische Vision sozialer Gerechtigkeit stets konkret: sie schützt die Schwachen gegen die Starken und ist bedacht auf das Wohl der Armen, der Lohnarbeiter, der Witwen und der Fremden. Das gilt für die Rechtstexte im Alten Testament, die Sozialkritik der Propheten bis hin zur Verkündigung und Lebenspraxis Jesu und die Theologie des Neuen Testaments.

Ein bemerkenswertes Dokument biblischer Tradition finden wir in Psalm 82, dem Wortprotokoll einer himmlischen Götterversammlung. Der Gott Israels redet die Gottheiten an und verwarnt sie:

Wie lange wollt ihr unrecht richten und die Gottlosen vorziehen? Schaffet Recht dem Armen und der Waise und helft dem Elenden und Bedürftigen zum Recht. Errettet den Geringen und Armen und erlöst ihn aus der Gewalt der Gottlosen. (Psalm 82,2–4)

Das ist eine klare Aufforderung. Die Armen und Benachteiligten werden genau bezeichnet und die

Gott ist ein Gott der Armen oder er ist kein Gott.



Kirchliches Handeln nimmt die Reichen gezielt in den Blick und fragt bewusst nach deren gesellschaftlicher Verantwortung.

Aufgabe der Götter besteht darin, sie zu befreien und ihnen zum Recht zu verhelfen. Dazu sind die Götter aber nicht bereit:

Sie lassen sich nichts sagen und sehen nichts ein, sie tapen dahin im Finstern. Darum wanken alle Grundfesten der Erde. (Psalm 82,5)

Weil sich die Götter nicht für die Armen einsetzen, bringen sie die Grundfesten der Erde ins Wanken. Weil sie sich nicht für Gerechtigkeit einsetzen, werden sie zum Tode verurteilt und müssen sterben:

Wohl habe ich gesagt: Ihr seid Götter und allzumal Söhne des Höchsten; aber ihr werdet sterben wie Menschen und wie ein Tyrann zugrunde gehen. (Psalm 82,6-7)

Die Götter haben die Armen nicht errettet und sich nicht für sie eingesetzt. Darum verlieren sie ihren Status als Götter, denn nur wer die Sache der Armen vertritt, kann göttliche Würde beanspruchen. Weil die Götter den Armen keine Gerechtigkeit verschaffen, müssen sie sterben. Wenn es um Gerechtigkeit für die Armen geht, dann geht es um die Mitte der Theologie. An der Frage, ob den Armen Gerechtigkeit zuteil wird, entscheidet sich die Gottesfrage. Gott selbst bindet seine Existenz an dieses Kriterium: er ist ein Gott der Armen oder er ist kein Gott. Wer also die Frage nach einer gerechten Verteilung nur für eine ethische oder politische Frage hält, kann sich nicht auf die Bibel berufen. Die Option für die Armen ist in der Bibel nicht ein Thema unter anderen, sondern es ist das Thema, bei dem sich die Frage nach Gott selbst entscheidet.

Umgang der Kirche mit Armut und Reichtum

Bei aller Verschiedenheit der Verhältnisse im alten Israel und in unserem Land heute sind doch wesentliche Merkmale, die Menschen zu den Armen gehören lassen, durchaus vergleichbar. Die Armen sind die, die aus sozialen Sicherungssystemen herausfallen, die mit ihrer Arbeit nicht mehr in ausreichender Weise ihren und ihrer Angehörigen Lebensunterhalt sichern können und die sozial entwurzelt sind, mit entsprechenden gesellschaftlichen und kulturellen Folgen. Die Armen sind arm in Relation zu anderen, zu den Reichen und mehr noch zu den Mächtigen. Die Sozialgeschichte Israels zeigt, dass die Existenz der Armen wie der Reichen und Starken nicht Ausweis naturgesetzlicher Gegebenheiten ist, sondern die Folge politischer

Entscheidungen, durch die die Schere zwischen den einen und den anderen immer mehr aufgeht.

In der Geschichte der Christenheit ist die Fragestellung von Armut und Reichtum nur zu wenigen Zeiten eindeutig formuliert worden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland war es möglich, klar und orientiert an der biblischen Tradition selbstkritisch festzustellen:

Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommen dem Reich zur Sache der Christenheit zu machen. (Fünfte These des „Darmstädter Wortes“ des Bruderrates der EKD, 1948)

Heute können wir uns beziehen auf das Wirtschafts- und Sozialwort beider großen Kirchen aus dem Jahr 1997: in dem Wort der Bischofskonferenz und der EKD „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ wird formuliert:

Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muß ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird. Es geht deshalb nicht allein um eine breitere Vermögensbildung und -verteilung. Aus sozialetischer Sicht gibt es auch solidarische Pflichten von Vermögenden und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Die Leistungsfähigkeit zum Teilen und zum Tragen von Lasten in der Gesellschaft bestimmt sich nicht nur nach dem laufenden Einkommen, sondern auch nach dem Vermögen. Werden die Vermögen nicht in angemessener Weise zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben.“ (Ziffer 220)

Im Grunde ist mit dem Gemeinsamen Wort von 1997 eine entscheidende sozialetische Erweiterung vollzogen worden. Kirchliches Handeln bleibt zwar orientiert an der Frage der Gerechtigkeit für die Armen, darüber hinaus nimmt es aber die Reichen gezielt in den Blick und fragt bewusst nach deren gesellschaftlicher Verantwortung. Der Einsatz für die Lebensrechte der Armen wird somit ergänzt durch die Forderung nach einem verantwortungsvollen Umgang mit Reichtum. Das bedeutet nicht, Arme gegen Reiche auszuspielen; vielmehr markiert der Blick auf die Reichen und den Reichtum die sozialetische Herausforderung: in der Perspektive sozialer Gerechtigkeit ist Reichtum kein Selbstzweck, sondern eine Ressource zur Stärkung der Lebensrechte derer, die unsere Gesellschaft vernachlässigt und ausschließt.



Reichtum, der ausschließlich darauf aus ist, sich selbst zu vermehren, findet in solcher Perspektive keine Legitimation. Wenn also beispielsweise eine Firma geschlossen und Beschäftigte entlassen werden mit der Begründung, die Rendite betrage „nur 20 %“, so widerspricht dies eindeutig der an biblischer Überlieferung orientierten vorrangigen Option für die Ausgeschlossenen und Armen. Reichtum muss investiv genutzt werden, damit möglichst alle teilhaben können an den Freiheiten, die der Reichtum ermöglicht.

Soziale Situation in Deutschland

Was bedeutet das aber nun konkret und aktuell für die soziale Situation in unserem Land?

„Das neue Subproletariat“, so titelte Ijoma Mangold in der Süddeutschen Zeitung am 9. Februar 2005 einen Bericht über Ausgrenzung und Armut in unserer Gesellschaft:

Das neue Subproletariat ist nicht einfach arm, weil es wenig verdient, sondern weil es insgesamt an der Dynamik der Lebensweise und den Chancen der Mehrheitsgesellschaft nicht partizipieren kann. Die neuen Unterschichten nehmen am Spiel der gegenseitigen sozialen Anerkennung, das es sonst in der Gesellschaft gibt, überhaupt nicht mehr teil. Und sie wissen längst, dass ihnen jeglicher Anschluss verwehrt wird.

Neben ihrer materiellen Unterversorgung kennzeichnet die neuen Unterschichten ihre gesellschaftliche Aussonderung. Sie fallen durch alle Raster der Bildungsinstitutionen und sind zu gering qualifiziert für den Arbeitsmarkt. Die gesellschaftlichen Lebensformen werden ihnen fremd und sie verwarlosen zunehmend. Und weil die soziale Herkunft ganz entscheidend ist für die Bildung der Kinder, verfestigt und verstetigt sich Armut. So schwinden die Chancen dahin, das Getto je wieder verlassen zu können.

Mit dem sog. Hartz IV-Gesetz erlebten wir vor zwei Jahren den wahrscheinlich größten sozialpolitischen Umbau der deutschen Nachkriegsgeschichte. Mit diesem Gesetz wurde die alte Arbeitslosenhilfe abgeschafft und durch Arbeitslosengeld II ersetzt. Ohne auf die vielfachen Veränderungen und Wirkungen dieser Reform im Einzelnen einzugehen, ist festzustellen, dass die Hartz IV-Reform den Trend zu der Vermehrung von Armut in Deutschland nicht stoppt, sondern verschärft. Neue reguläre Arbeitsverhältnisse sind auch nicht entstanden, im Gegenteil: die Reformen

erhöhen den Druck auf die unteren Tariflohngruppen und verbreitern damit die Sektoren, in denen Niedriglöhne gezahlt werden. So verfestigt sich die neue Unterschicht, die zur sozialen Interaktion und zur gesellschaftlichen Teilhabe nicht mehr in der Lage ist.

Diese Situation betrifft nun ganz elementar die Gerechtigkeitsfrage, weil die Vorstellung eines gelingenden und guten Lebens neben der materiellen Dimension auch die Möglichkeit zu sozialer Interaktion und Teilhabe umgreift. Massive Beschränkung sozialer Interaktion und die Verweigerung von gesellschaftlicher Beteiligung stehen dem

Ziel sozialer Gerechtigkeit fundamental entgegen.

Der mit Hartz IV vollzogene Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik von einer relativen Sicherung des Lebensstandards hin zu einer puren Grundsicherung hat über die beschriebenen Wirkungen hinaus auch Auswirkungen auf die Mittelschichten und ihr Lebensgefühl. Denn der Kampf um die Vermeidung von Armut, der in Deutschland überwunden schien, kehrt nun in die Mitte der Gesellschaft zurück. Die Verschärfung der Armut für eine Minderheit ist die eine Konsequenz der Reform; die Tatsache, dass relative Armut, Abstieg und Neuanfang prinzipiell jeden, der Arbeit hat, und auch jeden, der gut verdient, treffen kann, ist die andere gravierende Folge, die das Lebensgefühl in Deutschland verändert.

Der Sozialstaat in Deutschland verband sich bisher mit einer Hoffnung auf gesellschaftlichen Aufstieg und einer Absicherung nach unten. Er verknüpfte soziale Aufstiegspektiven mit der Minimierung sozialer Risiken. Mit Hartz IV ist jetzt ein kaum noch gebremster Absturz vom erreichten Wohlstandsniveau auf das materielle Niveau der Sozialhilfe für viele möglich. Die Angst vor dem Absturz schränkt das Selbstbewusstsein der Mittelschichten ein und nötigt immer mehr Menschen zu größeren Anstrengungen zum Erhalt ihres Lebensstandards. Wo früher die Erwartung nach



Martin Huhn

Der Kampf um die Vermeidung von Armut, der in Deutschland überwunden schien, kehrt in die Mitte der Gesellschaft zurück.



Fragen wir die Mittelschicht – solange es sie noch gibt

Die Menschen aus der Mittelschicht, die in den Interviews auf den Seiten 4 bis 8 zur Wort kommen, sind nicht arbeitslos. Obwohl manchmal eine gewisse Unsicherheit durchschimmert, haben sie durch die Bank keine Angst vor der Zukunft. Sie sind es gewohnt, sich anzustrengen. Für sie ist es schwer, sich vorzustellen, dass sie und ihre Kinder in den unteren Bereich der Gesellschaft absteigen könnten. Mit beinahe militantem Optimismus treten sie dieser Gefahr entgegen. Wir wissen aber, dass diese Kraft eine Kehrseite hat: Schuldzuweisungen, wenn jemand es nicht schafft, und Verlust von Selbstbewusstsein, wenn man selber abstürzt. Wir wissen außerdem, dass es für die Gesellschaft nicht ungefährlich ist, wenn die Mittelschicht unter Druck gerät.

Die Interviews wurden erstellt von Anne Schaarschmidt.



Moritz Baer

selbständiger Berater bei einer Lebensversicherung, ledig, wohnt in Hannover.

Moritz hat schon während seines Mathestudiums mit einem Freund ein Computerspiel programmiert und erfolgreich auf den Markt gebracht. Nach dem Studium stieg er als Programmierer bei einer Spielefirma ein, bis er neun Monate später mit Freunden seine eigene Firma gründete. 3 Jahre managte er als einer von 4 Gesellschaf-

tern einen harten Kern von 20 Mitwirkenden. Die Unsicherheit stresste, und so bewarb er sich wieder und kam über einen Kommilitonen als Berater zur Lebensversicherung. Hier verdient er dreimal mehr als mit seiner Firma: „Ich kann mir alles leisten und sogar gut was zurücklegen.“ Vor kurzem hat er seine Wohnung um das Doppelte vergrößert und sich ein Mini Cabrio geleistet. Die Arbeit mache Spaß, er entwickelt sich weiter, und er hat ein gutes Verhältnis zu den Kollegen. Der einzige Nachteil: die zwei Stunden Arbeitsweg pro Tag.

Das Thema Arbeitslosigkeit beschäftigt Moritz dennoch: Er hat Freunde, die schon lange arbeitslos sind und darüber depressiv geworden sind. Andere wiederum finden keinen ihrer Ausbildung angemessenen Job. Häufig denkt er, dass er einfach Glück hatte, ein Studium gewählt zu haben, wo die Jobaussichten gut sind. Doch sicher ist sein Job auch nicht: „Ich kann als Selbständiger jederzeit ohne Grund entlassen werden.“ Davor hat er schon ein wenig Angst. Trotzdem ist er zuversichtlich, denn seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind gut und: „Wenn alles schief geht und ich meinen Job verliere, kann ich mich immer noch hinsetzen und irgendwas programmieren.“

Mehr das Bewusstsein prägte, grassiert nun die Angst vor dem Weniger.

Vorrang für die Armen

Im Licht der biblischen Tradition ist eine Gesellschaft nicht dann gut und gerecht, wenn sie die größte Effizienz der Wirtschaft, die größte Macht des Staates oder den größten Umfang wissenschaftlicher Erkenntnis oder technischen Könnens realisiert, sondern wenn sie die Chancen für den Einzelnen sicherstellt, sich in Würde und Freiheit zu verwirklichen, und somit soziale Teilhabe im umfassenden Sinn ermöglicht. Darum ist Sorge dafür zu tragen, dass niemand verloren geht und niemand unter ein bestimmtes Niveau in seiner Lebensführung absinkt, weil das seine Würde zerstört. Hierbei hat sich die vorrangige Option für die Ausgeschlossenen und Armen darin zu bewähren, inwieweit es gelingt, Rechtssicherheit und Unterstützung in verlässlichen Strukturen zu schaffen und auszubauen. Zugleich verpflichtet das Leitbild der sozialen Gerechtigkeit zu der Aufgabe, den wachsenden Reichtum in unserem Land so zu verteilen, dass damit Armut deutlich minimiert werden kann. Die herrschende Politik ist von solchem Handeln einstweilen noch weit entfernt. Für christliches und kirchliches Handeln, das sich an der biblischen Tradition orientiert, hat freilich der Vorrang für die Armen oberste Priorität. An der Frage, ob die Kirche ihr Handeln und ihren Einsatz ganz in den Dienst dieser Aufgabe stellt, entscheidet sich letztendlich das Kirchesein der Kirche. Die EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ formuliert dies so:

Eine Kirche, die auf das Einfordern von Gerechtigkeit verzichtet, deren Mitglieder keine Barmherzigkeit üben und die sich nicht mehr den Armen öffnet oder ihnen gar Teilhabemöglichkeiten verwehrt, ist – bei allem möglichen äußeren Erfolg und der Anerkennung in der Gesellschaft – nicht die Kirche Jesu Christi.

Martin Huhn

Industrie- und Sozialpfarrer in der Evangelischen Landeskirche in Baden